

BEFRAGUNG

ZUR TARIFEINIGUNG MIT DER TDL

ZUSAMMEN
GEHT MEHR

ver.di

TARIF- UND BESOLDUNGSRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST LÄNDER 2023

JETZT ENTSCHEIDEN DIE VER.DI-MITGLIEDER

Nach drei Verhandlungsrunden konnte am 9. Dezember 2023 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ein Ergebnis erzielt werden. Die ver.di-Bundestarifkommission öffentlicher Dienst hat das Verhandlungsergebnis mit großer Mehrheit zur Annahme empfohlen und ruft alle ver.di-Mitglieder aus dem betroffenen Tarif- und Besoldungsbereich zur Teilnahme an der Mitgliederbefragung auf.

Die wesentlichen Verhandlungsergebnisse

Anhebung der Tabellenentgelte ab 1. November 2024 um 200 Euro und ab 1. Februar um weitere 5,5 Prozent. Bei Vollzeit bedeutet dies eine tabellenwirksame Erhöhung zwischen 340 und 648 Euro monatlich oder knapp 9 Prozent bei den obersten Einkommen und bis zu 16 Prozent bei den unteren Einkommen. Der Anschluss an die Bezahlung der Beschäftigten bei Bund und Kommunen ist damit gelungen.

Die Zeit bis November 2024 überbrückt das steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsgeld: Einmalig 1.800 Euro netto im Dezember 2023 und monatlich 120 Euro netto von Januar 2024 bis Oktober 2024 (für Teilzeitbeschäftigte anteilig).

Die Entgelte von Auszubildenden, Dual-Studierenden und Praktikant*innen steigen um 100 Euro ab 1. November 2024 und weitere 50 Euro ab 1. Februar 2025. Das Inflationsausgleichsgeld beträgt 1.000 Euro im Dezember 2023 und jeweils 50 Euro von Januar 2024 bis Oktober 2024. Auszubildende werden künftig bei einer Gesamtnote von mindestens befriedigend unbefristet übernommen, bei einem ausreichenden Abschluss zunächst für 12 Monate.

Die Laufzeit beträgt 25 Monate bis 31. Oktober 2025.

Verbesserungen konnten außerdem in weiteren Bereichen erzielt werden:

- Ein erster Schritt hin zu einem von ver.di weiterhin geforderten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte
- die Angleichung der Stufenlaufzeiten im Sozial- und Erziehungsdienst für alle und Zulagen für bestimmte Entgeltgruppen der Stadtstaaten
- für Berlin wird die Hauptstadtzulage tarifiert und für Hamburg und Bremen gibt es eine Gesprächszusage für Mitte 2025
- Beschäftigte im Straßenbau und Straßenbetriebsdienst werden im Kern um eine Entgeltgruppe höher eingruppiert
- Beschäftigte in der Pflege und in Gesundheitsberufen im Justiz- und Maßregelvollzug erhalten künftig Zulagen
- die Zulagen für Beschäftigte in Gesundheitsberufen in den Zentren für Psychiatrie werden tarifiert.

Informiert Euch und diskutiert mit den ver.di-Kolleg*innen in den Betrieben und Dienststellen. Bis zum 12. Januar könnt Ihr Euch digital an der Mitgliederbefragung beteiligen!

HIER ZUR
MITGLIEDER-
BEFRAGUNG:



zusammen-geht-mehr.verdi.de/mitgliederbefragung